

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk. bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 15.— Mk. für einen Monat 5.— Mk., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pf., monatlich 30 Pf., Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Tel. 4500. — Postfachkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauhaer Str. 10/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13003. — Verlag in Leipzig,
Tauhaer Straße 10/21 — Telephon 4506

Inseratenpreise: Die 7gespaltene Kolonelleite ober deren Raum 1.90 Mk. bei Platzvorkauf 2.30 Mk.; Familiennachrichten für die Zeile 1.70 Mk. Restame-Kolonelleite 7.50 Mk. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Volkshäuser entgegen.

Keine Stimme geht verloren! Keine Stimme darf fehlen!

Der optimistische Reichswehrminister

Die blütenweiße Reichswehr.

Berlin, 3. Juni. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Das Berliner Tageblatt veröffentlicht eine Unterredung seines Chefredakteurs Theodor Wolff mit dem Reichswehrminister Dr. Gehler, in der der Reichswehrminister erklärte: Der Gedanke eines Putsches, mag er von rechts oder links kommen, wird in der Reichswehr allseitig abgelehnt. (?) Das Mißtrauen, das aus den Tagen des Kapp-Putsches her noch an manchen Stellen zwischen Truppen und Bevölkerung, so in Schlesien, besteht, wird, hoffe ich, allmählich verschwinden. In Mecklenburg, Pommern und Ostpreußen ist die Lage zur Zeit so, daß die Rechten einen Linken und die Linken einen Rechtsputsch befürchten. Beide Parteien rüsten sich zur Abwehr eines von der andern Seite möglicherweise ausgehenden Angriffes. In dieser gespannten Lage kommt alles darauf an, die Ruhe zu bewahren und zu verhindern, daß an irgendeiner Stelle der Funke in das Pulverfaß geworfen wird. Sollte es zu Unruhen kommen, so ist es Sache der Polizei und der Sicherheitspolizei, bezw. der Länder, ihrer Herr zu werden. Reichen deren Kräfte nicht aus, so wird die Regierung der einzelnen Länder die Reichswehr zur Hilfe rufen. Erst dann wird diese als Machtmittel der Regierung eingesetzt werden. Der Reichswehrminister beklagte sich über die wirtschaftlichen Mängel der Truppen und über die Schwierigkeiten, die durch die Verminderung des Heeres gemäß des Friedensvertrages notwendig werde.

Er sprach dann sein Bedauern über den Fall Paasche aus und erklärte, daß alle Offiziere, nicht nur die seiner näheren Umgebung, sondern auch die sonstigen, mit ihm eines Sinnes darüber seien, daß die Tötung dieses Mannes auf die Schärfe zu verurteilen sei und daß der bellagenerische Fall nur dazu beiträgt, die schwere Lage der Wehrmacht aufs neue zu erschüttern und neues Mißtrauen da zu säen, wo sich ein erster Anlauf zur Beseitigung der Gegensätze gebildet hatte.

Ueber den Fall Kausch erklärte der Reichswehrminister, daß er die Tendenz der Schrift, die Kausch verfaßt habe, anerkenne, daß sie aber andererseits durch die Art und Weise ihrer Einseitigkeit und infolge verschiedener Verweisungen und Auffassungen nicht dazu geeignet erscheine, unter seiner Verantwortung unter die Reichswehr verteilt zu werden.

Zur Frage der Stellung des Herrn Staatssekretärs Stöck erklärte der Reichswehrminister, er sei der Auffassung, daß die Aufgabe als Staatssekretär ihm eine der arbeitsreichsten und verantwortungsvollsten Stellen zuzuwende, die augenblicklich im Reichswehrministerium zu vergeben seien.

Diesen Beschönigungs- und Vertuschungsversuchen gegenüber, die lebhaft an die Versicherungen Kossels am Vortage und des Kapp-Putsches erinnern, eine Putschgefahr sei ausgeschlossen, die Truppe sei fest in seiner Hand, sei auf den Fall Kausch verwiesen. Der Vortag meldete am Dienstag:

Genosse Bernhard Kausch, Zivilreferent im Reichswehrministerium, ist auf eigenen Wunsch von seinem Posten zurückgetreten. Zur Begründung seines Rücktritts hat er ein längeres Schreiben an den parlamentarischen Staatssekretär Stöck gerichtet, in dem er auf die sich innerhalb der Reichswehr immer mehr ausbreitende Reaktion hinweist, wofür er als Sozialdemokrat nicht länger die Mitverantwortlichkeit tragen könne. Er sagt u. a.: „Es ist heute schlimmer als je zuvor. Gewiß gibt es in der Truppe und namentlich im Reichswehrministerium eine ganze Anzahl einflussvoller loyal denkender Offiziere. Aus zahlreichen Einzelerscheinungen bin ich zu der Erkenntnis gelangt, daß verfassungstreue republikanische Elemente nun erst recht in bewährter oder unbewährter Solidarität aus der Reichswehr entfernt werden und daß demgegenüber die Zentralkräfte so gut wie machtlos sind. Den Leuten, die zu mir kommen, muß ich immer wieder sagen, daß ich ihnen wenig helfen kann. Noch jetzt, 6 Wochen nach dem Kapp-Putsch, werden die wegen ihrer verfassungstreuem Haltung schikanierten und geschädigten Unteroffiziere und Mannschaften innerhalb des Ministeriums von einer Stelle zur andern geschickt, weil der von uns gewünschte Ausschluß zur Bearbeitung ihrer Angelegenheiten bis heute noch nicht eingetroffen ist. Immer noch werden diese Fälle in der Regel von den Stellen in der Truppe erledigt, gegen die sich die Klagen und Beschwerden richten. Das erzeugt, bei den verfassungstreuen zuverlässigen Elementen ein Gefühl der Erbitterung und des Verlassenseins, das für den Geist der Reichswehr von den verhängnisvollsten Folgen sein muß. Sie selbst, Herr Staatssekretär, sind, abgesehen von dem Ihnen zugewiesenen engen Arbeitsgebiet, innerhalb des Ministeriums von einer Ihrer Stellung unwürdigen Einfluß- und Bedeutungslosigkeit. Bei der Umorganisation des Ministeriums hat man Sie nicht beteiligt und Ihre Vorschläge übergegangen. Der sich aus den Verhältnissen natürlich ergebende Plan, dem parlamentarischen Staatssekretär als einer politischen Stelle das Aufklärungs-, Presse- und Fürsorgewesen zu übertragen, ist gänzlich unter den Tisch gefallen. So geht es nicht weiter. Die Reichswehr, namentlich ihre Offizierskorps, ist durch die reaktionäre Presse und die deutschnationale Truppenagitation maßlos verhetzt. Wenn

die Dinge so weiterlaufen, dann ist die Reichswehr in kurzer Zeit eine deutschnationale Prätorianergarde. Anständigheit und Vertrauen werden als Angst und Schwäche ausgelegt. Die außerordentliche Zeit erfordert außerordentliche Mittel, namentlich auch Sicherungen dagegen, daß die Masse der Unteroffiziere und Mannschaften in einer falschen Anwendung des Disziplinbegriffes gänzlich schutzlos in ihrer ganzen Existenz jenen Elementen ausgeliefert bleiben, die der bestehenden Ordnung ablehnend oder feindselig gegenüberstehen, und die in ihren Händen liegende Macht oft genug zum Nachteil der Republik mißbrauchen. Trotz des Bedenkens, daß mein Rücktritt eine weitere Schwächung unserer ohnehin schwachen Position bedeutet, glaube ich doch, daß ein klares Aussprechen dessen, was ist, und eine reinliche Scheidung in der gegenwärtigen Situation der Sache am förderlichsten sind.“

So der Rechtssozialist Kausch, der alles bekräftigt, was wir auf Grund unserer Beobachtungen längst gesagt haben. Nach Herrn Gehler aber ist alles in schönster Ordnung! Der Reichswehrminister entwickelt sich immer mehr zum Ueber-Kossel.

Die Putschgefahr in Ostpreußen.

Königsberg, 3. Juni. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Wenn auch infolge der geheimen Arbeit und Mitarbeit der amtlichen Stellen der Umfang der konterrevolutionären Organisation nicht zu übersehen ist, so überestimmend sind doch alle Nachrichten darüber. Niemand leugnet das Vorhandensein großer Waffenlager, gewaltiger Munitionssammlungen, die bewaffneten Einwohnerwehren und ihre großen Waffendepots. Die reaktionären Treiber des Wehrkreiskommandos, seiner politischen und seiner sogenannten wirtschaftlichen Abteilungen, selbst die Möglichkeit und die mehrfach festgestellte Tatsache des Einschleusens entlassener Freikorpsangehöriger, der Einschmuggelung von Waffen und der Verteilung der Ballkammer und entlassenen Reichswehrangehörigen auf den Gütern wird nicht geleugnet. Während des Kapp-Putsches haben besonders im Wehrkreiskommando und unter den Großgrundbesitzern zielbewusste Bestrebungen bestanden, die eine Loslösung Ostpreußens vom Reich, eine Selbständigmachung zum Ziele hatten. Nur durch die unallmähliche wirtschaftliche Situation ist dieser Streich der Junker und Generale damals verhindert worden. Aber unsere Parteiliste standen nicht recht an ein selbständiges Vorgehen der ostpreussischen Gegenrevolutionäre, sondern sind fest davon überzeugt, daß auch die hier bestehende Degeneration der konterrevolutionäre im engsten Zusammenhang mit all diesen Bestrebungen im Reich arbeiten und halten die Arbeitererschaft in Unruhbereitschaft. Der Polizeipräsident Lübbing hat mit der Organisation seiner Sicherheitspolizei dem Plan der Reaktionäre vorzuzutreten versucht. Dringend notwendig ist deshalb die sofortige Reorganisation der Offiziere des Wehrkreiskommandos, die sich alle im Kapp-Putsch zur „neuen Regierung“ bekannt haben und die sofortige Auflösung der noch immer bewaffneten und in Aktion befindlichen Einwohnerwehr. Der Oberpräsident balanciert zwischen Rechts- und Linkenputsch, hält beide für möglich, aber zur Zeit nicht für gefährlich. Schon bei dem Regierungspräsidenten steht dann die Gewalt der Reaktion ein. Hier kommt man nur noch einen Kommunistenputsch, an den in Wahrheit in ganz Ostpreußen kein Mensch mehr glaubt.

Bergwöhnte Truppenbewegungen.

Putschbefürchtungen und Dementi.

Berlin, 3. Juni. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Das Berliner Tageblatt meldet gestern abend über Zusammenkünfte von reaktionären Truppen in der Umgegend von Erkner, Fängelschule, Fürstentwale und in Potsdam. Süddeutsche und besonders bayrische aufgelöste Freikorps sollten sich dort zusammengefunden haben, um am Sonntag unter Führung des Prinzen August Wilhelm von Hohenzollern eine Aktion gegen alle Sozialisten und bekannte Antisozialisten Persönlichkeiten einzuleiten. Die Regierung veröffentlicht heute ein Dementi zu diesen Mitteilungen des Berliner Tageblattes, in dem sie die Angaben bestritt.

Der Berichterstatter des Berliner Tageblattes erklärt nunmehr, daß er sich wahrscheinlich um eine Mystifikation handelt. Seltenerweise seien aber die Feldübungen des in Fürstentwale liegenden 9. Reiterregiments als putschrische Bewegungen aufgefaßt worden. Die ganze Angelegenheit ist höchst unklar!

Ob das Dementi der Regierung voll beweiskräftig ist? Sie stützt sich doch wohl auf Nachrichten aus militärischer Quelle!

Und es nützt doch!

Die Denktugen und Beschränkten, die die Verknüpfung ihrer persönlichen Angelegenheiten und Interessen mit den großen Zusammenhängen des politischen Lebens nicht begreifen sind in diesen Tagen der Entscheidung wieder einmal eifrig am Werke, ihre säuerliche Weisheit zu verbreiten: es nützt doch nichts! Das Wähen nämlich, meinen sie. Es wird ja doch nicht anders, nicht besser. Ja, es ist nach der letzten Wahl sogar noch schlechter geworden, obgleich wir eine Revolution gehabt haben, obgleich eine sozialistische Regierung ins Amt getreten ist. So dient die Tatsache, daß die Rechtssozialisten keine sozialistische Politik getrieben haben und sich in die Koalitionspolitik einwickeln ließen, den Wahlschaulen als weiteres Argument für ihre schädliche Flaumcherei.

Wehr denn je ist es heute nötig, diesen Miesmachern und Schädlingen entgegenzutreten. Mehr als je hängt heute von jeder einzelnen Stimme ab. Und wenn wir unabhängigen Sozialdemokraten auch nicht des Überglaubens leben, daß durch das Parlament alles und das Letzte erreicht werden könnte, was das arbeitende Volk zu fordern und durchzusetzen hat, so vergessen wir darüber doch nicht, daß die Macht im Parlament eine erhebliche Stärkung in allen weiteren Kämpfen bedeutet, daß der Wahlsieg des Proletariats am 6. Juni einen gewaltigen Ruck nach vorwärts zum Ziele bedeuten wird. Den matten Seelen aber, die, weil die Revolution noch nicht alle Blütenräume hat reifen lassen, weil eine Partei, der schon während des Krieges das sozialistische Gewissen verloren ging, in der Regierung versagt hat, nun die politische Finte überhaupt ins Korn werfen wollen, muß gesagt werden, daß es klug ist, um einiger Enttäuschungen willen tatenlos zu verzeihen. Es ist feig, beiseite zu stehen in entscheidenden Kämpfen. Es ist dumm, die Leiden der Zeit, die aus dem verbrecherischen Kriege entspringen, deswegen der Revolution aufzubürden, weil sie nach der Revolution aufzelen. Und es ist ebenso dumm und ungerecht dazu, für das Versagen einer Partei eine andre, für das Versagen der Rechtssozialisten die unabhängige Sozialdemokratie verantwortlich zu machen, die gerade die Opposition gegen dieses Versagen der Rechtssozialisten darstellt.

Die Wahlschlacht kann sich freilich heute auch billig mit einem revolutionären Mantel drapieren. Zwar haben die Kommunisten zu einem großen Teile endlich eingesehen, daß ihre Parole der Wahlfesthaltung, die sie im Januar 1919 bei den Wahlen zur Nationalversammlung ausgaben, ein schwerer Fehler gewesen ist. Sie rufen diesmal ihre Anhänger an die Wahlsurne. Aber ein anderer Teil bleibt, unbehelligbar durch die Erfahrungen von mehr als einem Jahr, störrisch beiseite stehen und hält an der verbotenen Einbildung fest, daß der Sache des Proletariats durch Enthaltung vom Wahlkampf, durch Boykottierung des Reichstags genügt werde. Dieser Verzicht auf die Ausnützung der mannigfaltigsten Möglichkeiten, die politischen Geschicke mit zu formen und zu bestimmen, ist so tödlich, daß die große Masse des arbeitenden Volkes, der Hand- wie der Kopfarbeiter, sie rundweg ablehnt. Nur ein kleines Häuflein wird sich um diese traurige Fahne scharen. Aber diese Wenigen können unter Umständen schon den Sieg des Proletariats verhindern.

Denn mehr als je kommt es bei diesen Wahlen an jede Stimme an. Nicht nur, weil das Bürgertum, wohl wissend, um was es geht, seine letzten Streitwagen auf die Beine bringt und namentlich die Frauen, denen es bis zur Revolution keinerlei politischen Rechte gegönnt hat, nun als Sturmtrupp für die Kapitalinteressen zu formieren sucht. Sondern vor allen Dingen auch schon des Wahlsystems wegen, das jede Stimme zur Geltung kommen läßt. Es geht bei diesem System kein Votum verloren. Auf je 60 000 Wähler entfällt ein Abgeordneter, und was in einem Wahlkreis den Parteien an überschüssigen Stimmen bleibt, auf die kein Mandat mehr entfallen könnte, das wird mit den Stimmresten der im Wahlkreisverband zusammengeschlossenen Wahlkreise zusammengeschüttelt und ergibt für je 60 000 Stimmen wiederum Mandate. Und was dann noch an Stimmresten der einzelnen Parteien verbleibt, das wird für die Reichswahlliste zusammengerechnet, die wiederum für je 60 000 Stimmen einen Abgeordneten bekommt. So erhält jede Stimme ihren vollen Wert. Alle früheren Störungen des alten Reichstagswahlsystems, die Ungleichheit der Wahlkreise, der völlige Ausfall großer Wählerheiten, die fälligen Stimmwahlen sind jetzt durch das Verhältniswahlrecht und durch das neue System der